



PRESSEMITTEILUNG

08.03.2018

Keine dicke Luft in Pirmasens – Dieselfahrverbote nicht zu erwarten

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts drohen für rund vierzig deutsche Städte Fahrverbote, weil die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide überschritten werden. Auf Nachfrage der SPD-Bundestagsabgeordneten Angelika Glöckner ist die Region Pirmasens hiervon nicht betroffen.

Nachdem bei Frau Glöckner vermehrt Anfragen eingegangen sind, ob für die Region Pirmasens ebenfalls mit Fahrverboten zu rechnen ist, hat die SPD-Abgeordnete beim Bundesumweltamt nachgefragt.

„Bei uns ist die Luft noch in Ordnung“, beruhigt die Abgeordnete mit Blick auf Pirmasens und Umgebung. Laut Umweltbundesamt (UBA) ist die Luft in der Stadt und Umgebung sogar ausgesprochen gut. Die Belastung mit Schadstoffen liegt laut der Behörde im Jahresmittel deutlich unter den vorgegebenen Grenzwerten von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) bei Feinstaub und 40 Mikrogramm pro Kubikmeter bei Stickoxiden. Bei beiden Kennzahlen liegt die Region bei etwas über 14 Mikrogramm pro Kubikmeter. Diese Werte werden von einer Messstation in der Pirmasenser Innenstadt zentral für die Region Pirmasens, Zweibrücken und das Umland erfasst. *„Dass wir in der Südwestpfalz gute Luft haben, hat mehrere Vorteile gegenüber Ballungsgebieten. Zum einen verbessert es die Wohnqualität insgesamt und lässt sich touristisch gut vermarkten, zum anderen müssen auch Betriebe und Pendler keine Fahrverbote fürchten“*, betont Glöckner.

Für die Arbeit in Berlin ist für Glöckner das Thema dennoch nicht vom Tisch. Schließlich geht es hier generell um den Schutz von Gesundheit und Verbraucherrechten. Deshalb ist es ihr wichtig, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auch in dünner besiedelten Regionen, wie der Südwestpfalz oder auch emissionsarme Fortbewegungsmittel stärker zu fördern.

Vor allem aber soll die Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte nicht nur durch Fahrverbote sichergestellt werden. Hier sieht Glöckner die Automobilwirtschaft durch entsprechendes Nachrüsten der betroffenen Dieselfahrzeuge in der Pflicht. *„Die Autoindustrie hat jahrelang mit dem vermeintlich sauberen Diesel geworben und darf jetzt nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Das CDU/CSU-geführte Verkehrsministerium muss künftig - deutlich stärker als in der Vergangenheit - dafür eintreten, dass die Verbraucher nicht am Ende den Schaden haben“*, fordert die Abgeordnete abschließend.